



Fraktion der FDP im Rat der Gemeinde Borchchen

FDP Fraktion im Rat der Gemeinde Borchchen

Marcel Welsing - Fraktionsvorsitzender
Holsteiner Weg 47 33178 Borchchen
Tel.: 0170 – 2159516 marcelwelsing@web.de

Rede zur Haushaltsverabschiedung der Gemeinde Borchchen vom 17. Januar 2011 gehalten von

Marcel Welsing, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Borchchen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Borchenerinnen und Borchener und Vertreter der Presse,

schaut man aus dem Fenster, so kann man angesichts der momentanen Wetterlage einen Vergleich zum Haushalt für das Jahr 2011 ziehen und diesen unter zwei Überschriften stellen:

Meist trüber Himmel über Borchchen!
Hiermit werde ich mich im ersten Teil meiner Haushaltsrede beschäftigen.

Aber – so ein Sprichwort – hinter den Wolken scheint immer die Sonne!
Was sich dahinter verbirgt, darauf werde ich im zweiten Teil eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu Weihnachten ist es Brauch, Geschenke zu verteilen. So fiel auch unserer rot-grünen Minderheitsregierung auf Landesebene ein, dass sie noch etwas unter den Tannenbaum einiger Kommunen legen sollte. Wenige Tage vor Heiligabend – sozusagen auf den letzten Drücker – wurde daher die neue Modellberechnung für die Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen verteilt, die so im Landtag beschlossen werden soll.

Ein Teil der NRW-Kommunen – es handelt es sich dabei auffallend oft um größere Städte, in welchen die SPD traditionell stark vertreten ist – wurden dabei mit zusätzlichen, stattlichen Millionenbeträgen beglückt. Allein Dortmund, Duisburg und Essen erhalten voraussichtlich um die € 80 Mill. mehr, Bielefeld € 25 Mill.. In vielen anderen Kommunen, zumeist kleinere Städte und Gemeinden gerade im ländlichen Raum, rieben sich die Kämmerer hingegen verwundert die Augen. Vom groß angekündigten „Aktionsplan Kommunal Finanzen“, bei dem mit dem Füllhorn € 300 Millionen verteilt werden sollten, kam dort nämlich nichts an. Viel schlimmer noch: Die Schlüsselzuweisungen sanken spürbar!

Borchchen rechnete für 2011 bislang mit etwas über € 4 Mill. an Schlüsselzuweisungen vom Land, die jedoch dank der neuen Landesregierung auf etwas mehr als € 2,7 Mill. zusammenschrumpften. Das macht ein Minus von über 30% für unsere Gemeinde – in absoluten Zahlen ein Loch von rund € 1,3 Mill.!

Oder mit anderen Worten: Von den € 300 Mill., die die Minderheitsregierung als Sofortpaket für die NRW-Kommunen geschnürt hat, kommt bei der Gemeinde Borchten kein einziger Cent an!

Zur reinen Farce wird vor diesem Hintergrund die Aussage des neuen NRW-Innenministers Jäger, man wolle mit dem „Aktionspaket Kommunal Finanzen“ die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Denn die Wahrheit ist, dass der neue Verteilungs-Schlüssel nicht wenige Kommunen in die Haushaltssicherung treiben dürfte. Auch für Borchten wird es eng.

Wirklichkeitsfern ist zudem die weitere Aussage des Innenministers, man sehe sich dabei als „Partner“ der Kommunen.

Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr!

Das zusätzliche Geld fällt übrigens nicht vom Himmel, sondern wird über eine neue Rekordverschuldung finanziert.

Dabei ist eigentlich hinlänglich bekannt: Schulden sollte man nicht mit Schulden bezahlen!

Bestraft werden oft die Gemeinden, die wie beispielsweise Borchten über Jahre, gar Jahrzehnte hinweg mit Augenmaß wirtschafteten und nicht Gelder in überdimensionierten Großprojekten versenkten.

Überdurchschnittlich profitieren werden zumeist die großen und in der Vergangenheit mit ihren Finanzen eher freigiebigen Städte.

Deutlich gesprochen:

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat dafür gesorgt, dass sich eine Kommune in diesem Land dadurch konsolidieren kann, dass sie sich vor Ort möglichst schlecht aufstellt und möglichst wenig spart – denn genau dafür gibt es Millionengeschenke vom Land!

Finanzpolitik mit Augenmaß wird hingegen brutal bestraft.

Sollte sich an dieser Situation nichts ändern, wird in Borchten der Spielraum für Investitionen zwangsweise deutlich enger, ohne dass wir vor Ort dies beeinflussen können.

Hoffen wir also, dass bei der Landesregierung noch Vernunft einkehrt und man als wahrer Partner der Kommunen einen deutlichen Kurswechsel vornimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in meiner Einleitung habe ich gesagt, dass hinter den Wolken auch die Sonne scheint.

So soll deutlich werden, dass wir in Borchten trotz der eben aufgezeigten unverantwortlichen Einschnitte bei den Schlüsselzuweisungen durch die neue Minderheitsregierung noch genug Lichtblicke haben, die Mut für die Zukunft bereiten.

Schließlich besitzen wir noch immer eine sehr gute Infrastruktur, viele hervorragende Einrichtungen und Sportstätten, dazu noch ein vielfältiges und lebendiges Vereins- und Kulturleben.

Auch weiterhin möchten wir Freidemokraten dies im Sinne aller Borchenerinnen und Borchener ausbauen und begleiten – allerdings werden die aufgezeigten finanziellen Engpässe den Rahmen des Möglichen spürbar eingengen. Großinvestitionen gehören dabei mehr und mehr auf den Prüfstand um ein drohendes Haushaltssicherungskonzept abzuwenden.

Niemand zückt gerne den Rotstift, verkündet Einschnitte oder versagt gewünschte Investitionen. Das ist für uns Ratsmitglieder, aber auch für die Borchenerinnen und Borchener keine einfache Situation und sicher auch keine Situation, die wir aus den letzten Jahren in diesem Ausmaß kannten. Aber nur so sichern wir auch weiterhin einen soliden Weg in die Zukunft für unsere Gemeinde!

Hierbei wird uns auch der neue Weg des Bürgerhaushalts ab dem Haushalt 2012 helfen, den wir Freidemokraten seit längerer Zeit gefordert haben und der nun endlich Wirklichkeit wird. Ich rufe alle dazu auf, von dieser Möglichkeit der Mitwirkung fleißig Gebrauch zu machen.

Schenken Sie uns, den Ratsmitgliedern, und der gesamten Gemeinde ein wenig Ihrer Zeit und Ihres Sachverständnisses und übermitteln Sie uns Ihre Spartipps, Anregungen und Hinweise!

Dies ist in der jetzigen, finanziell angespannten Zeit wichtiger denn je.

Nicht gelten darf hier – und auch nicht in anderen Bereichen – der Einwand, dass Neuerungen auch Arbeit verursachen. Mit diesem Vorwand hat der Bürgermeister versucht, die meisten Anträge auszuhebeln.

Wir alle – Ratsmitglieder, Bürgermeister und auch die Verwaltung – sind dafür da, unsere Gemeinde erfolgreich weiterzuentwickeln.

Lehnt man jedoch alle Innovationen und alle guten Ideen mit dem Hinweis auf eine Arbeitsbelastung ab, wie es der Bürgermeister versucht hat, verhindert dies wichtige Weichenstellungen in die Zukunft. Mit anderen Worten: Man verdonnert die Gemeinde zum Stillstand. Das ist unverantwortlich und das sehen die anderen Fraktionen in diesem Hause sicher genau so!

Lassen Sie uns vielmehr gemeinsam Borchchen auch durch diese finanziell schwierige Zeit lenken, wie es auch in der Vergangenheit geklappt hat.

Der FDP-Antrag auf Überarbeitung des Internetauftritts und der Gemeindebroschüre soll einen Teil zur Zukunftssicherung beitragen, verbessert sich somit doch deutlich die Außenwirkung unserer Gemeinde.

Durch die ansprechendere Vermarktung der Vorzüge unserer schönen Gemeinde locken wir junge Familien, Gewerbetreibende und Investitionen nach Borchchen – viele kleine Mosaiksteine zum Erfolg!

Auch der Tourismus könnte sich hierdurch weiter entwickeln. Dieser ist in Borchchen zwar leicht gestiegen, im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis aber noch ausbaufähig.

Dass wir Borchener bescheiden sind ist eine Zier. Dennoch sollten wir die hohe Lebensqualität und den hohen Freizeit- und Erholungswert unserer schönen Gemeinde offensiver anpreisen. Unser Antrag ist somit ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wo wir gerade bei den Vorzügen unserer Gemeinde sind, die nicht versteckt werden sollten, muss zwangsweise neben den eben genannten Punkten auch eines genannt werden: unsere Altenauschule!

Lassen Sie mich daher ein paar Ausführungen zur prägenden Diskussion des vergangenen Jahres machen.

Wir Liberalen stehen auch weiter fest zur Altenauschule in ihrer jetzigen Form als Verbundschule.

Wir Liberalen werden uns auch weiterhin gegen die Zerredung unserer Altenauschule wehren.

Wir Liberalen werden weiter mit vernünftigen Argumenten jeglicher Stimmungsmache und Bildungspopulismus entgegentreten.

Alle Informationsveranstaltungen haben gezeigt, dass wir mit der Verbundschule die genau richtige Schulform für Borchchen haben. Alle Fakten sprechen dafür – und übrigens auch die Maßstäbe der Experten, die kreisweit mehrere Kommunen beraten.

Borchchen ist keine Bildungswüste, sondern mit seiner erfolgreichen Verbundschule ein Leuchtturm in der regionalen Bildungslandschaft!

Hohe Anmeldezahlen, die Zufriedenheit der Eltern und Schüler, die große Nachfrage sogar über die Gemeindegrenzen hinaus und letztlich auch – und das ist der wichtigste Maßstab - die überragend hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die nach dem Besuch der Altenauschule einen Ausbildungsplatz bekommen verdeutlichen dies. Außerdem steht die Möglichkeit offen, beispielsweise an einem Berufskolleg das Abitur zu machen.

Borchener Schülerinnen und Schüler haben daher die allerbesten Voraussetzungen!

Bis zu der Zeit nach den Kommunalwahlen 2009 herrschte angesichts dieser bis heute ungebrochenen Erfolgsmeldungen parteiübergreifende Einigkeit in der Schulpolitik.

Deutlicher gesagt: *Jede* Fraktion im Rat unserer Gemeinde stand hinter der Einrichtung einer Verbundschule!

Seit der Wahl unseres neuen Bürgermeisters haben SPD- und in treuer Gefolgschaft die FWB-Fraktion - diesen Kreis der Einigkeit verlassen und trommeln für eine Gesamtschule.

Meine Damen und Herren,
ich habe mir mal die Mühe gemacht, die alten Protokolle im Ratsinformationssystem zu recherchieren um das Verhalten dieser beiden Fraktionen von damals bis heute nachvollziehen zu können. Alle Fundstellen anzuführen, würde den zeitlichen Rahmen sprengen, daher möchte ich mich exemplarisch auf ein paar herausragende Stellen beschränken.

Schon in den frühen 90ern des letzten Jahrtausends, wohl mindestens seit 1993, verfolgte unsere Gemeinde das Ziel an der Hauptschule Altenauschule auch eine Realschule zu etablieren, am besten in Form einer Verbundschule. Dies wurde jedoch von der damaligen SPD-Schulministerin nicht erlaubt.

Im Protokoll vom 03. März 1998 (im Schulausschuss), aber auch vom 04. März (im Haupt- und Finanzausschuss) tat sich gerade die Borchener SPD-Fraktion, die sich heute vehement gegen unsere Altenauschule stemmt, als Verfechterin einer Verbundschule für Borchten hervor.

Sie wollte sogar „ihre“ Schulministerin nach Borchten zu einem Gespräch einladen um sie umzustimmen und den Weg zur Verbundschule zu ebnen.

Besonders auffällig in den Protokollen ist ihr heutiger Fraktionsvorsitzender Jürgen Schmidt, lag ihm angesichts seiner zahlreichen Wortvorträge doch die Einrichtung der Verbundschule scheinbar besonders am Herzen – was ich im folgenden weiter belegen werde.

Mehrere Male äußerte sich Herr Schmidt in den Beratungen dahingehend, dass die Verbundschule eine attraktive Schulform für die Gemeinde Borchten sein könne. Auch die SPD in der Region werde dies unterstützen. Die SPD-Fraktion versucht weiterhin, die Ministerin nach Borchten zu lotsen.

Sämtliche Entscheidungen bezüglich der Einrichtung einer Verbundschule – ob im Rat oder in den Ausschüssen getroffen - erfolgten übrigens *durchgehend einstimmig*, in soeben genannter und auch in den anderen Sitzungen!

Springen wir eine Etappe weiter, ans Ende des Jahres 1999, zum 11. November (in den Haupt- und Finanzausschuss). Inzwischen war der gesamte Rat in Absprache mit der Bezirksregierung übereingekommen, durch ein neues pädagogisches Konzept, welches Realschulelemente beinhalteten sollte und vom damaligen Direktor Herrn Vonde erarbeitet wurde, das Ziel zu erreichen.

Ratsherr Schmidt äußerte wiederum sein Wohlgefallen, sei dies doch nun Ergebnis jahrelanger Bemühungen.

Tatsächlich konnte dieses von Borchten entwickelte Schulmodell einer „Quasi-Realschule“ zusammen mit einer Hauptschule im Jahr 2000 eingerichtet werden und wurde seitdem in einer rechtlichen Grauzone von der Regierung geduldet.

Springen wir noch mal ein paar Jahre weiter: Mittlerweile gab es eine neue Landesregierung, die im Jahr 2005 durch das neue Schulgesetz Verbundschulen erlaubte.

Am 06. Dezember 2005 (im Schulausschuss) berichtete Bürgermeister Schwarzenberg über die neue Gesetzeslage. Es wurde daraufhin – wieder einmal! – einstimmig, also auch mit der SPD, beschlossen, die Schritte zur Einrichtung einer Verbundschule zu unternehmen.

Es zeigte sich bald, dass vor allem die Nachbarstadt Lichtenau, die im Verfahren gehört werden musste, massiven Widerstand leistete. Ratsherr Schmidt sprach sich für die SPD weiterhin für eine möglichst schnelle Umsetzung aus und äußert sein Unverständnis gegenüber der ablehnenden Haltung.

Übrigens ist es gerade die eben genannte Stadt Lichtenau, welche angeblich für uns den Heilsbringer spielen soll, falls wir bei einer Gesamtschule mit ihr kooperieren – zumindest stellt unser Bürgermeister dies so hin.

Man darf sich zu Recht fragen, ob sich innerhalb so kurzer Zeit eine völlige Drehung der Sicht der Dinge in Lichtenau abgespielt hat, von der Verhinderungstaktik hin zu weit geöffneten Armen.

Anführen darf man hier auch aus der jüngsten Berichterstattung der Zeitungen, dass der Bürgermeister noch immer „eine Vision von einem Abitur auf Lichtenauer Boden“ hat, was völlig diametral zu den Borchener Planspielen steht.

Unser Bürgermeister hatte nämlich die Idee, dass das Abitur im Rahmen einer möglichen Kooperation der beiden Gemeinden auf Borchener Boden stattfinden soll. Da hat einer der beiden den anderen scheinbar nicht verstanden – und auf so unsicherem Boden darf man keine über Jahrzehnte währende Schulpolitik gründen!

Doch wieder zur Entwicklung unserer Altenauschule:

In den Haushaltsberatungen des Jahres 2006 wünschte sich der SPD-Ratsherr Schmidt laut Protokoll fast nichts sehnlicher, als dass Borchchen, so Zitat: „endlich den lang gewünschten Realschulzweig erhält.“ Diese *Verbundschule* sei eine *attraktive Steigerung des Schulangebots vor Ort und sichere somit auch das Überleben* der Schule.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinter dieses Zitat muss man gedanklich ein dickes Ausrufezeichen setzen!

Ein halbes Jahr später äußerte Ratsherr Schmidt erneut, dass mit dem Antrag auf Einrichtung einer Verbundschule ein *lang gehegter Wunsch verfolgt* werde. Er hatte scheinbar sogar Sorgen, dass die Verbundschule zu erfolgreich wird und an Platzmangel leiden könnte. Daher fragte er, ob man sich denn baulich ausweiten müsse.

Ab August 2008, also erst vor etwas mehr als zwei Jahren, konnte die Verbundschule, die Herzensangelegenheit nachweislich *aller* Fraktionen *einschließlich* der SPD und ihrem Vorsitzenden Jürgen Schmidt, endlich den Betrieb aufnehmen.

Und wie ging es weiter?

Schon ein Jahr, nachdem die „Wunschschule“ endlich in Borchchen Realität wurde, also von 2008 auf 2009, wollte die SPD scheinbar von ihren 15 Jahre währenden Bemühungen nichts mehr wissen.

Man folgte blind dem neuen Bürgermeister, der sich wie die gesamte SPD in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Gesamtschuleinführung auf die Agenda geschrieben hatte, ohne als Nicht-Borchener mit der Schulsituation vor Ort und dem jahrzehntelangen gemeinsamen Ringen um die Verbundschule vertraut zu sein.

Die Verbundschule wurde plötzlich als „altes Modell“ hingestellt, als nicht zukunftsfähig stigmatisiert– und das mutwillig entgegen aller Zahlen, Fakten und Erfolgsmeldungen, die von der Schule kamen.

Dabei muss deutlich gesagt werden:

Die Einrichtung einer Gesamtschule stand in der *gesamten* Zeit, also von 1993 bis 2009, ausweislich der Protokolle niemals ernsthaft oder konkret zur Debatte, hätte jedoch problemlos gefordert und eingerichtet werden können. Denn diese Schulform gab es zu dieser Zeit im Gegensatz zu einer Verbundschule schon – sie wurde sogar gerade von der damals rot-grünen Landesregierung massiv gefördert. Die Gemeinde Borchchen, alle Parteien im Rat, standen jedoch geschlossen zur Verbundschule als „Borchener Sonderweg“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

man kann aus den Protokollen nur einen Schluß ziehen: Die Borchener SPD betreibt bei der Schulpolitik eine Politik der Beliebigkeit, und dies genau seit der Wahl des neuen Bürgermeisters.

Das ist bedauernswert und schade.

In der Schulpolitik geht es noch um etwas anderes wichtiges: um Vertrauen. Die Borchenerinnen und Borchener haben der Gemeinde, dem Rat, den Parteien und damit auch der SPD vertraut, dass sie mit der Verbundschule genau das richtige Ziel verfolgen. In diesem Vertrauen haben sie ihre Kinder dort angemeldet.

Dieses Wankenspiel „heute so und schon morgen so“, diese plötzliche, unbegründete Kehrtwende schadet der Altenauschule, schadet dem Ansehen der Gemeinde und – noch viel schlimmer – schadet den Schülerinnen und Schülern, sie zerstört dieses aufgebaute Vertrauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Vor Ende meiner Rede möchte ich als letzten Punkt noch kurz zu einem der größten beabsichtigten Ausgabeposten, die der Bürgermeister im Haushalt vorgesehen hat, etwas sagen.

Es sollten mehrere hunderttausend Euro in die Produktion von Solarenergie fließen. Bereits im letzten Jahr wurde eine solche Summe verbaut - und bereits im letzten Jahr haben wir dagegen argumentiert.

Wir Liberalen denken, dass es nicht Aufgabe einer Gemeinde sein kann, das Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Dächern zu verbauen und damit zu pokern. Erneut kann ich hier nur mahnen: Mit Steuergeldern zockt man nicht!

Wir denken auch nicht, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, auf diesem Wege Geldquellen zu erschließen.

Unsere Alternative ist es, die Dachflächen zu verpachten und die Investitionen, das Risiko auf andere Schultern zu legen. Hier kommen Vereine, aber beispielsweise auch Bürgergenossenschaften in Betracht.

Die Rendite zwischen der Durchführung in Eigenregie auf der einen und der Bereitstellung der Flächen gegen Pacht auf der anderen Seite unterscheidet sich nicht so gravierend, dass dies das Tragen des unternehmerischen Risikos durch die Gemeinde und die riesige Kapitalbindung von Steuergeld rechtfertigen würde.

In der Zeitung wirkte es so, als wolle man verhindern, dass Borchten € 180.000 verdiene. Dem ist aber nicht so – im Gegenteil!

Diese Summe klingt hoch, was sich aber schnell relativiert, wenn man bedenkt, dass sich diese € 180.000 auf 20 Jahre verteilen und das dafür über das doppelte an Geld überhaupt erst einmal verbaut wurde.

Es dauert also eine halbe Ewigkeit, bis wir die Investitionen wieder einspielen können. So was macht man nicht mit Steuergeld!

Wir verhindern also nichts, sondern wir ersparen der Gemeinde eine risikoreiche und unnötige Investition!

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Wunsch nach zusätzlichen Einnahmen hegen und dabei noch etwas für die Umwelt, für regenerative Energien tun wollen, dann lassen Sie eine ernsthafte Diskussion über einen Bürgerwindpark zu. Dieser würde unserer Gemeinde Einnahmen in ganz anderen Größenordnungen beschermen – und das auf einem Wege, der für Borchten kein Risiko birgt.

Des weiteren wurde die Antragsflut bemängelt. Man produziere nur „heiße Luft“, da sich nach den Beratungen angeblich gespartes und neu ausgegebenes Geld die Waage hielten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat ist die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger. Daher haben wir das Recht, vor allem aber auch die Pflicht, Ausgaben genau zu prüfen und zu hinterfragen. Auch ist es unsere Aufgabe, die Finanzpolitik der Gemeinde mit zu gestalten und dazu Anträge zu stellen.

Viele Anträge zeugen daher davon, dass dieses Recht gewissenhaft und mit Fleiß ausgefüllt wird. Anstatt sich hierüber zu ärgern, sollte sich allen voran der Bürgermeister über diese lebhafteste Form der Demokratie freuen. Die Argumente, die verursacht doch nur Arbeit, sind dabei fatal. Demokratie ist nun einmal nicht die bequemste Form der Staatsorganisation, beinhaltet sie doch eben diese Mitwirkungsmöglichkeiten.

Mit den Anträgen wurde auch in diesem Jahr wieder viel bewegt. Der schon erwähnte Bürgerhaushalt und der soeben ausgeführte eingesparte hohe sechsstelliger Betrag bei der Solarenergie machen dies deutlich.

Also liegt, anders als dargestellt, eine stattliche Einsparung vor. Hierbei bleibt auch zu erwähnen, dass unsere liberale Sparliste aus dem letzten Jahr wohl Anklang gefunden hat. Viele Posten wurden angeglichen oder gesenkt. Auch diese Mühen der Liberalen aus den letzten Haushaltsberatungen haben sich also gelohnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Fraktion der FDP bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Allerdissen, bei unserem Kämmerer Herrn Wiechers, aber auch bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts, die Beantwortung unserer Fragen und Anfragen sowie für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr!

Nicht zuletzt auch dank der liberalen Akzente, welche wir auch in diesem Haushalt setzen konnten, werden wir dem Entwurf zustimmen können.

Zum Ende meiner Rede bleibt mir noch eines zu sagen:

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes, erfolgreiches und gesundes 2011!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.